



NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 05.10.2021,

in der Jugendstilfesthalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 17:00

Ende: 18:24



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle



Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Hermann Eichhorn

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner

AfD

Norbert Herrmann



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Sonstige

Sandra Diehl (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen



Margit Frey

Sophia Maroc

CDU

Lena Dürphold

Susanne Höhlinger



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende verwies auf die Änderungsanträge der GRÜNE-Stadtratsfraktion und der LINKE-Stadtratsfraktion zu Tagesordnungspunkt 4 der öffentlichen Sitzung. Diese seien als Tischvorlage verteilt.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, ob der Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung nicht auch teilweise öffentlich beraten werden könne.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es um geheimhaltungspflichtige Teile gehe und daher die Vorlage nichtöffentlich zu beraten sei.

Es bestand somit folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Modifikation neues Parkraumkonzept
Vorlage: 101/615/2021
3. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Biotonnen über die 38. KW hinaus wöchentlich zu leeren
Vorlage: 101/616/2021
4. „LandauPass“; Stadtratsbeschluss vom 14.09.2021 und weiteres Vorgehen
Vorlage: 200/340/2021
- 4.1. Änderungsantrag der LINKE-Stadtratsfraktion zur Verwaltungsvorlage
Vorlage: 101/617/2021
5. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)
Vorlage: 240/145/2021
6. Konversion Landau Süd – Vermarktung des Baufeldes 36 an der Paul-von-Denis-Straße
Vorlage: 200/338/2021
7. Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/680/2021
8. Asphalthocheinbau zwischen Nußdorf und Godramstein in Landau in der Pfalz (K8)
Vorlage: 680/259/2021
9. Umbau des Haltepunktes Landau-West
Vergabe von Ingenieurleistungen, 2. Stufe (LPh 5 bis 7)
Vorlage: 680/260/2021



10. Beschluss Jahresabschluss 2020 und Entlastung Vorstand des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL)
Vorlage: 860/524/2021
11. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Modifikation neues Parkraumkonzept

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25. September 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari begründete den Antrag. Aus dem ursprünglichen Antrag hätten sich mittlerweile die Punkte 2 und 3 erledigt. Man bitte aber zu prüfen, ob ein Monatsticket immer unabhängig vom Prüfungstag 30 oder 31 Tage gültig sein könne.

Beigeordneter Hartmann konnte sich vorstellen, dass dies technisch möglich sei. Man könne dies prüfen und dann im Mobilitätsausschuss berichten.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den gesamten Antrag mit allen Punkten als Prüfantrag verstehe, den man in den Mobilitätsausschuss verweise.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Modifikation des neuen Parkraumkonzeptes wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Biotonnen über die 38. KW hinaus wöchentlich zu leeren

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 28. September 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Gerade im Oktober würden noch größere Arbeiten im Garten anfallen, für die eine wöchentliche Leerung der Biotonne sinnvoll wäre. Der Kreis habe auch bereits entsprechend reagiert und die wöchentliche Leerung verlängert.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man dies im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes prüfen werde. Das EWL werde vorschlagen, den Monat Mai und Oktober dahingehend zu prüfen.

Ratsmitglied Dr. Sögding unterstützte für die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag. Man sehe dies als Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit.

Ratsmitglied Baur erklärte, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Leerung der Biotonne würde vollkommen ausreichen.

Ratsmitglied Thiel begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion diesen Antrag. Der Bedarf an einer zusätzlichen Entsorgung über die Biotonne sei durchaus gegeben. Es dürfte aber keine Gebührenerhöhung nach sich ziehen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, dass die grünen Wertstofftonnen (Biotonnen) über die 38. Kalenderwoche hinaus wöchentlich geleert werden, wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

„LandauPass“; Stadtratsbeschluss vom 14.09.2021 und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 30. September 2021, die dieser Niederschrift beigelegt ist. Er verwies ferner auf die Anträge der LINKE-Stadtratsfraktion sowie der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 5. Oktober 2021, die ebenfalls der Niederschrift beigelegt sind. Zu dem Beschluss des Stadtrates vom 14. September 2021, einen LandauPass einzuführen, habe er rechtliche Bedenken geäußert. Daher habe er die Notwendigkeit gesehen, die Aufsichtsbehörde zu beteiligen. Diese habe seine Rechtsauffassung bestätigt. Man sehe dennoch das Bedürfnis, das Thema Teilhabe zu optimieren. Er habe versucht, mit dieser Vorlage Brücken zu bauen. Beispielsweise könne man sich den Familienpass noch mal ansehen, um gegebenenfalls das Leistungsspektrum zu erweitern. Unabhängig davon gebe es eine breite Vielfalt von Möglichkeiten der Teilhabe. Ganz entscheidend sei, bestehende Teilhabemöglichkeiten zu optimieren statt neue Strukturen zu schaffen. Die Aussage der Aufsichtsbehörde sei eindeutig, sie verweise auf die vorliegende Verfügung zum Haushalt 2021. Auch für den kommenden Haushalt 2022 würden sich bereits dramatische Zahlen abzeichnen. Dem stehe die Erwartungshaltung der ADD gegenüber, im nächsten Jahr sich in Richtung Haushaltsausgleich zu bewegen. Von Verwaltungsseite könne man dem Änderungsantrag der LINKE nicht zustimmen. Die Erweiterung der Verwaltungsvorlage im Tenor des Antrags der GRÜNE-Stadtratsfraktion sei hingegen unproblematisch.

Ratsmitglied Schreiner verteidigte den Beschluss vom 14. September 2021. Er sei progressiv und richtig gewesen. Offenbar seien Ratsbeschlüsse aber nur dann etwas wert, wenn sie den Ansichten des Oberbürgermeisters entsprechen. Man hätte gerne von der Verwaltung ein umfassendes Konzept erarbeiten lassen um dann auch zu wissen, was es kosten würde. Der vorliegende Kompromissvorschlag sei weit von den Vorstellungen der LINKEN entfernt. Man habe die Teilhabe von schlechter gestellten Menschen fundamental erneuern wollen. Der Verwaltungsvorschlag aber leiste dies nicht, sondern nehme nur Schönheitskorrekturen am Status Quo vor. Es sei dies ein unakzeptables Verhalten des Oberbürgermeisters und eine reine Machtdemonstration. Der Änderungsantrag seiner Fraktion sichere zumindest die Grundidee der Abkoppelung der Teilhabe und gehe weg von einer Fundamentalopposition.

Ratsmitglied Saßnowski unterstrich, dass bei diesem Thema unterschiedliche Meinungen und Perspektiven existieren würden. Die von der Verwaltung eingebrachte Vorlage sei nicht das, was man wolle, aber ein Weg um den Stillstand aus den letzten drei Wochen zu überwinden. Man sollte jetzt nicht in die alten Muster verfallen, sondern diesen Weg nutzen. Alles andere bringe die Diskussion keinen Schritt weiter. Ihre Fraktion trage die Verwaltungsvorlage mit drei Änderungen mit. Zum einen wolle man die Ausweitung des Familienpasses auf zum Beispiel auch Familien mit zwei Kindern prüfen. Dann wolle man einen Überblick bekommen über den Status quo aller in Landau existierenden Teilhabeangebote. Einen entsprechenden schriftlichen Bericht solle dem Sozialausschuss im Frühjahr 2022 vorgelegt werden. Mit diesen Informationen könne man dann in eine fachliche Debatte einsteigen.

Man sei nach wie vor der Meinung, dass die öffentliche Hand den Menschen helfen müsse, die es am dringendsten brauchen. Die Kritik sei ja gewesen, dass man mit dem LandauPass weit über das hinausgehe, was man verpflichtend tun müsse. Aber als Stadt gehe man häufiger über das hinaus, was gesetzlich vorgegeben sei. Dies hier könne nicht das Ende des Prozesses sein, sondern sei der Anfang auf dem Weg zu einem



LandauPass. Gegenteilige Schuldzuweisungen würden uns aber keinen Schritt weiterbringen auf diesem Weg.

Ratsmitglied Eggers erklärte, dass es außer Frage stehe, dass Menschen mit geringem Einkommen eine Unterstützung brauchen. Vor allem Kinder und ältere Menschen seien das schwächste Glied. Die Verwaltungsvorlage sei hier der richtige Ansatz und eine verantwortungsvolle Vorgehensweise. In dem Bericht sollte dargelegt werden, wo man denn überhaupt stehe. Viele Familien wüssten gar nicht, dass sie antragsberechtigt seien. Menschen könnten ja jetzt schon Unterstützung erfahren. Verantwortungsvolles Umgehen bedeute aber auch, die Kosten gerade im freiwilligen Bereich im Blick zu behalten. Gerade die freiwilligen Leistungen seien im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 1,9 Millionen Euro angestiegen. Von daher sei eine unkalkulierbare Ausweitung, so wie man es im Antrag verstanden habe, verantwortungslos. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise sei sinnvoll und verantwortbar. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass es in Landau zwei Arten von freiwilligen Leistungen gebe, nämlich die, die dem Oberbürgermeister gefallen und die, die ihm nicht gefallen. Wenn dem Oberbürgermeister die freiwilligen Leistungen nicht gefallen, dann werde der Knüppel ADD ins Spiel gebracht. Der ausschließliche Verweis auf freiwillige Leistungen seien für ihn keine ausreichende Begründung, um rechtliche Bedenken anzumelden. Für die SPD-Stadtratsfraktion bleibe der Beschluss aus der letzten Stadtratssitzung gültig. Alle die der Verwaltungsvorlage heute zustimmen, würden mithelfen, den LandauPass zu beerdigen. Gerade von Seiten der Grünen sei dies ein opportunistisches Trauerspiel.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die Vorlage die Auffassung der FWG bestätige. Es hätte schon damals ein Prüfauftrag sein sollen. Stattdessen habe man einen Beschluss gefasst, bei dessen Kosten die Frage der Gegenfinanzierung nicht beantwortet sei. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen. Es mache nämlich Sinn zu wissen, was auf einem zukomme. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge halte man nicht für zielführend. Sicherlich sei es richtig, alle Dinge mal in einem Bericht auf den Tisch zu bringen. Ein kurzfristiger Bericht, wie es die Grünen wollen, sei aber so nicht zu schaffen. Daher werde man die Ergänzungsanträge ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt den Beschluss des Stadtrates vom 14. September für nicht aussetzungsfähig. Dies habe sie sich juristisch bestätigen lassen. Die Stadt könne selbst entscheiden, wofür sie das Geld aus den freiwilligen Leistungen ausbebe. Der Stadtrat habe ja die Einführung des LandauPass nicht beschlossen, sondern die Einführung an Bedingungen geknüpft. Die jetzt hier vorliegende Sitzungsvorlage sei ein OB-Image-Rettungsantrag. Zudem könne die ADD nicht telefonisch einfach sagen, dass man dies nicht machen könne. Sie müsse vielmehr schriftlich dazu Stellung nehmen. Es sei hier das Etatrecht des Stadtrates verletzt. Man wolle als Rat eben mehr freiwillige Leistungen im sozialen Bereich umsetzen.

Der Vorsitzende wies die Aussagen von Dr. Migl zurück. Er empfinde es als ehrverletzend, sowohl für sich als auch für die Mitarbeiter der Verwaltung, wenn hier behauptet werde, man würde mündliche Aussagen der ADD hier nicht korrekt wiedergeben. Es sei eben ausdrücklich kein Prüfauftrag gewesen, daher sei der Beschluss sehr wohl aussetzungsfähig.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass sich die FDP-Stadtratsfraktion bei der Abstimmung enthalten und den Antrag der LINKE ablehnen werde.



Ratsmitglied Kerbstat warf die Frage auf, wie denn die Sachen finanziert werden, die die Verwaltung vorschläge.

Ratsmitglied Rocker beanstandete das Verfahren als rechtswidrig. Das Vorgehen verstoße klar gegen die Gemeindeordnung, denn es handle sich um einen rechtskräftigen Ratsbeschluss, der auch umzusetzen sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es eben noch keine Aussetzung des Beschlusses sei. Er kündige aber die Aussetzung an, wenn der Rat die heutige Vorlage ablehne und auf seinem Beschluss vom 14. September 2021 beharre. Deshalb sei diese Vorlage heute ein Angebot an den Stadtrat, der Versuche eine Brücke zu bauen. Alles andere bringe uns keinen Schritt weiter im Bemühen um die Menschen, um die es bei dem LandauPass ja eigentlich gehen solle.

Ratsmitglied Rocker beharrte darauf, dass es nicht möglich sei, den Beschluss des Stadtrates vom 14. September zu ändern.

Die SPD-Stadtratsfraktion verließ vor der Abstimmung geschlossen die Sitzung.

Bürgermeister Dr. Ingenthron bat die GRÜNE-Stadtratsfraktion schriftlich einzureichen, welche Intention und welchen Inhalt der erbetene Bericht haben solle.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 19 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Aufgrund bestehender Rechtsbedenken ändert der Stadtrat seinen am 14. September 2021 gefassten Beschluss zur Einführung des „LandauPass“ wie folgt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,
 - a) ob und inwieweit die Teilhabemöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Familien im bereits bestehenden Landauer Familienpass um weitere Angebote ergänzt und dieser erweitert werden können,
 - b) ob und inwieweit vorhandene Teilhabeangebote freier Träger und der Stadt für einkommensschwache und ältere Menschen durch eine Unterstützung der Stadt gestärkt und eventuell erweitert werden können,
 - c) ob und inwieweit über vorhandene Teilhabemöglichkeiten besser informiert werden kann, um betroffene Personengruppen besser zu erreichen und Zugänge zu erleichtern.
2. Eine Umsetzung der vorgenannten Punkte ist spätestens zum Haushalt 2023 anzustreben.
3. Alle in diesem Zusammenhang zusätzlich entstehenden Personal-, Sach- und Bewirtschaftungskosten sind vorab samt vollständiger und „echter“ 1:1 Gegenfinanzierung darzustellen. Dies gilt sowohl für interne als auch externe Kosten. Die Haushaltsmittel und die damit einhergehende notwendige Gegenfinanzierung sind im Haushalt darzustellen und zeitgleich mit der inhaltlichen Umsetzung des Beschlussvorschlages unter Ziffer 1 mit zu beschließen.
4. Der Sozialdezernent berichtet im Sozialausschuss ausführlich zum aktuellen



Stand städtischer Angebote im Bereich der Teilhabe (u.a. Familienpass, Kulturloge) und legt vor der nächsten Ausschusssitzung im Frühjahr 2022 einen schriftlichen Bericht vor.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Änderungsantrag der LINKE-Stadtratsfraktion zur Verwaltungsvorlage

Der Vorsitzende verwies auf den Änderungsantrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 5. Oktober 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 2 Ja-, 35 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

den Änderungsantrag der LINKE-Stadtratsfraktion zur Sitzungsvorlage 200/340/2021 ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 20. September 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Konversion Landau Süd – Vermarktung des Baufeldes 36 an der Paul-von-Denis-Straße

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 3. September 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Juli 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja- und 11 Nein-Stimmen:

Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf (Anlage 1) über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße“ wird als Satzung beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Asphaltheinbau zwischen Nußdorf und Godramstein in Landau in der Pfalz (K8)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. September 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tief- und Straßenbauarbeiten für den Asphaltheinbau zwischen Nußdorf und Godramstein (K8) wird der Firma Gerst und Juchem Asphaltbau GmbH u. Co. KG, Bahnhofstraße 171, 67480 Edenkoben, zu dem Preis ihres Angebotes vom 8.9.2021 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 336.706,01 Euro erteilt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

**Umbau des Haltepunktes Landau-West
Vergabe von Ingenieurleistungen, 2. Stufe (LPh 5 bis 7)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. September 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass ein Ausbau des Westbahnhofes zweifellos dringend notwendig sei. Für die geplante Form des Ausbaus würden aber Bäume gefällt werden. Dies sei vollkommen absurd. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

Der Auftrag zur Ausführung der Ingenieurleistungen der Stufe 2 (Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe, Leistungen Bauvorlageberechtigter sowie besonderen Leistungen) wird dem Ingenieurbüro Müller-Ingenieurplan GmbH, Bahnhofplatz 14, 67434 Neustadt an der Weinstraße, zu dem Preis ihres Angebotes für die 2. Stufe vom 31.8.2021 i.H.v. 32.054,19 Euro (einschließlich Mehrwertsteuer) erteilt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Beschluss Jahresabschluss 2020 und Entlastung Vorstand des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 14. September 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man sehe ein insgesamt erfreuliches Ergebnis.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem nachfolgenden Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses, der Ergebnisverwendung, der Neugliederung der Rücklage und der Entlastung des Vorstandes zuzustimmen:

Der Verwaltungsrat

- a) stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2020 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 95.763.558,58 € und den Jahresgewinn mit 499.429,53 €, der sich aus folgenden Einzelergebnissen der Betriebszweige zusammensetzt:

Abwasserbeseitigung mit	470.703,06 €
Abfallentsorgung mit	23.807,75 €
Bauhof mit	122.496,63 €
Straßenreinigung mit	-130.255,98 €
Service	12.678,07 €

- b) beschließt die Behandlung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Bauhof und Service wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Jahresverlust des Betriebszweigs Straßenreinigung wird mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

- c) beschließt zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit des Betriebes die Aufteilung der Allgemeinen Rücklage in eine Erhaltungs-Rücklage und eine Ausgleichs-Rücklage wie folgt:

Erhaltungs-Rücklage zum 31. 12.2020	
Abwasserbeseitigung	25.634.986,59 €
Abfallentsorgung	2.095.770,09 €
Straßenreinigung	47.256,96 €
Bauhof	864.536,29 €
Service	32.000 €

Ausgleichs-Rücklage zum 31.12.2020:



Abwasserbeseitigung	0,00 €
Abfallentsorgung	8.665.862,64 €
Straßenreinigung	1.281.302,00 €
Bauhof	80.295,49 €
Service	0,00 €

- d) Die Übertragung nicht in Anspruch genommener Mittel für Investitionen in Höhe von 2.564 T€ in das Wirtschaftsjahr 2021.
- e) beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2020.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Kerbstat bat um einen Sachstand der Prüfung zum Antrag Pfandsammelringe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sicherte eine entsprechende Rückmeldung zu.



Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 05.10.2021 umfasst 14 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 180.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter